



## WELTFRIEDENSTAG WICHTIG WIE EH UND JE

Friedensfest des Stadtverbandes Plauen

Wie jeder weiß, ist der 1. September eines jeden Jahres der Weltfriedenstag. Anlässlich dieses Tages fand am 1. September wieder der Malwettbewerb in Plauen statt. Hierbei wurden Schulen angeschrieben und aufgefordert, Bilder zum Thema Frieden mit den Kindern zu malen und uns einzusenden. Diese wurden dann am Weltfriedenstag im Zentrum von Plauen ausgestellt und von den Passanten vor Ort bewertet. Die besten Bilder der verschiedenen Altersklassen wurden dann mit Preisen dotiert und zu unserem Friedensfest am darauffolgenden Samstag ausgestellt. Zum Friedensfest selbst gab es dann natürlich weitere Programmpunkte. Unter anderem konnten sich die Besucher einen Eindruck davon machen, was für ein Glück wir hier und heute haben, ohne

Krieg leben zu können. Das war bekanntlich nicht immer so und ist es auch heute nicht überall auf der Welt.

Dazu sprach Waltraud Schmidt über Erinnerungen aus ihrer Kindheit, über den Feuerschein des brennenden Dresdens am östlichen Horizont, der bis Plauen hin sichtbar war und über die spätere Bombardierung Plaueus. Sie berichtete auch davon, dass damals in ihrem 150-Seelenort nochmal dieselbe Anzahl Flüchtlinge untergebracht wurde.

Ein weiterer Gast, der uns von seinen Erlebnissen berichtete war Fateh, ein Flüchtling aus Libyen. Für ihn war es dort vor dem Eingreifen der NATO ein nahezu unbeschwertes Leben. Wasser, Strom, Bildung u.v.m. waren ko-

stenlos. Eines Tages jedoch heizte sich die Stimmung im Land spürbar auf, auch und vor allem durch die Medien. Wenig später schlugen die Bomben der NATO ein. Heute ist Libyen bekanntlich kein wirklich funktionierender Staat mehr, in dem sich zudem der IS breitgemacht hat.

Zuletzt sprach Sandra Steiner über die Kriegskinderstiftung und die Arbeit in Uganda.

Unterstützt wurden wir vor Ort vom Verein "Integration statt Isolation", wofür ich mich an dieser Stelle nochmal recht herzlich im Namen des Stadtverbandes bedanken möchte.

*Maik Schwarz*

aus dem	Ihr habt die Wahl.....	S. 2
Inhalt:	Plauen: Wer hat's erfunden?.....	S. 5
	Soziales Wohnen.....	S. 6
	Briefe.....	S. 7

**DIE LINKE.**

## IHR HABT DIE WAHL

DIE LINKE Vogtland entscheidet über den Direktkandidaten

Nächstes Jahr findet wieder eine Bundestagswahl statt. Diese wirft jetzt schon ihre Schatten voraus. Aus dem Grund wollen wir am 22.10. in einer Kreiswahlversammlung unsere Kandidatin bzw. unseren Kandidaten wählen. Jetzt wollen sich die Menschen, die dieses Mandat für uns erkämpfen wollen, euch vorstellen. Wenn ihr euch auch zur Wahl stellen wollt, könnt ihr eure Vorstellung an [kontakt@dielinke-vogtland.de](mailto:kontakt@dielinke-vogtland.de) schicken und wir versenden diese dann gerne an die Genossinnen und Genossen.

### KÄTY MOTHES

Mein Name ist Käty Mothes. Ich bin 23 Jahre alt und seit 9 Jahren Mitglied unserer Partei DIE LINKE. 2012 habe ich mein Abitur am J.-H.- Pestalozzi Gymnasium erreicht und danach eine Ausbildung als Gesundheits- und Krankenpflegerin begonnen. Mein Examen beendete ich letztes Jahr mit sehr gut. Seitdem bin ich auf der Intensivstation im Klinikum Obergöltzsch tätig. Meinen ersten Wahlkampf bestritt ich 2014 zum Stadtrat der Stadt Falkenstein. Als einer von drei durfte ich dort mit einziehen.

Seit einem Jahr bin ich ebenfalls im Kreisvorstand bei uns tätig.

Da mir unsere Partei wichtig ist und Politkarbeit mir Spaß macht, habe ich mich schon letztes Jahr dazu entschieden, im Bürgermeisterwahlkampf als Kandidatin für DIE LINKE tätig zu werden.

Nun würde ich mich freuen, ebenfalls als Bundestagskandidatin für uns zu kämpfen.



### MAIK SCHWARZ

Im kommenden Jahr ist Bundestagswahl. Wir als LINKE sind trotz der abgekühlten gesellschaftlichen Stimmung in der Lage und auch dem Wähler gegenüber verpflichtet, eine/n Kandidatin / Kandidaten aufzustellen.

Einer der im Zuge dessen seinen Hut in den Ring wirft, werde ich sein.

Die aufmerksamen VoBo-Leser kennen mich bzw. meine Gedanken ja nun schon etwas. Nichtsdestotrotz möchte ich euch hiermit nochmal kurz das Wichtigste zusammenfassen.

Ich heiße Maik Schwarz, bin 30 Jahre alt, verheiratet und habe einen 5 jährigen Sohn. Mein Hauptantrieb in die Partei einzutreten, war damals der Versuch der Kanzlerin bei TTIP aufs Gas zu treten. TTIP ist für mich das Sinnbild für die Probleme in Deutschland, in Europa und der Welt. Es ist undemokratisch, ungerecht, intransparent, arbeitnehmerfeindlich, umweltzerstörend, die Rechtsstaatlichkeit aushe-

belnd und der derzeitige Höhepunkt an kapitalistischer Ausbeuterei.

Zwei der Punkte sind mir dabei besonders wichtig.

Zum einen habe ich aus meiner Sicht ein großes Gerechtigkeitsempfinden. Das immer größer werdende Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich stinkt zum Himmel. Das will ich durch mein Zutun verändern.

Zum anderen ist es die Intransparenz. Warum erklärt sich Politik nicht häufiger? Wir haben zwei Bundestagsabgeordnete aus dem Vogtlandkreis, aber keiner der beiden erklärt auch nur ansatzweise den Vogtländerinnen und Vogtländern, was die eigentlich in Berlin machen. Durch diese Intransparenz werden die Bürgerinnen und Bürger anfällig für Verschwörungstheorien ala AfD.

Ich glaube, dass man das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger nur da-



durch zurückgewinnt, dass man ihnen gegenüber offen und ehrlich ist, auch dann wenn wir wissen, dass sich ein großer Teil der Bürger an der Entscheidung stoßen wird. Aber mit der Ehrlichkeit gewinnt man das Vertrauen. Dafür möchte ich mich einsetzen und ich hoffe auf eure Unterstützung. Als erstes auf der Kreiswahlversammlung am 22.10.2016 und dann hoffentlich im darauf folgenden Wahlkampf.

## LARS LEGATH

Durch Gewerkschaftsproteste und die Kundgebungen gegen die Agenda 2010 politisiert trat ich im Jahr 2006 als 17-jähriger in DIE LINKE ein. Damals vor allem aus dem Grund, um mich in die Sozialpolitik einzubringen.

Durch meine Tätigkeit im Jugendparlament kam ich schnell mit dem Thema der antifaschistischen Politik in Berührung. Zusammen mit weiteren Organisationen bauten wir damals das erste funktionierende Bündnis gegen neonazistische Aktivitäten im Vogtland auf. Nach gut zehn Jahren hat sich dieses Gebiet, mit all seinen Facetten, als mein Steckenpferd herausgebildet.

Nach einem kultur-, bildungs- und sportpolitischen Zwischenspiel im Plauener Stadtrat bin ich nun auch als ehrenamtliches Mitglied im Vorstand eines Jugendhilfevereines aktiv. Das Thema der Kinder- und Jugendpolitik

beschäftigt mich auch in meinem beruflichen Alltag als Mitarbeiter im Oelsnitzer Abgeordnetenbüro.

Eine Erkenntnis aus meinen politischen Anfängen hat sich weiter verfestigt: Egal ob es um Frieden, bessere Arbeitsbedingungen, bessere finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit, bessere Sozialpolitik oder gegen Neonazis, TTIP, CETA und Co. geht: Wir müssen zusammen mit PartnerInnen breite Bündnisse in allen Themengebieten des Lebens aufbauen, ohne dabei unsere Prinzipien zu verlieren. Mit diesen müssen wir den Menschen wieder klar machen, dass ihnen das Land nur dann gehört, wenn sie auf uns als LINKE Partei und die linke Bewegung als ganzes vertrauen.

Gerade im letzten Jahr ist es uns kaum gelungen zu zeigen, dass wir Verbesserungen für ALLE Menschen wollen. Dies müssen wir mit einer einfachen



und doch deutlichen Sprache ändern. Denn nur so bekämpfen wir effektiv die Organisationen rechts der CDU.

Die Veränderung der Politik beginnt hier vor Ort. Die VogtländerInnen brauchen endlich eine starke LINKE Vertretung im Bundestag. Für dieses Ziel möchte ich gemeinsam mit euch kämpfen!

### FAHRT ZUM SÄCHSISCHEN LANDTAG

Am 09. November 2016 gibt es die Möglichkeit den Sächsischen Landtag in Dresden zu besuchen.

Nach der gemeinsamen Busfahrt nach Dresden wird es eine Führung durch den Sächsischen Landtag geben und ihr könnt unseren Abgeordneten im Plenum zuhören. Danach wird es bei Kaffee und Kuchen noch eine gemütliche Runde mit unserer Landtagsabgeordneten Janina Pfau geben. Gerne können sich auch Bekannte und ebenfalls Interessierte zu der Fahrt anmelden.

Sicherlich wird auch noch etwas Zeit sein, um Dresden zu erkunden.

Interessierte sollten sich zeitnah melden:

Bürgerbüro Janina Pfau, MdL  
Markt 3  
08606 Oelsnitz/Vogtl.  
Tel: 037421- 187878  
Email: bb-pfau@linksfraktion-sachsen.de

# ICH BRAUCHE DICH!

Eine gute Zeitung braucht gute Mitarbeiterinnen  
und Mitarbeiter!

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerade in den Herbstmonaten verdrücken sich die Inhalte gerne einmal ins heimische Wohnzimmer und trauen sich nicht über die nass-kalten Straßen. Hilf mir ...

Vielen Dank! Deine Zeitung

## Der Vogtlandbote

## KINDER UND JUGENDLICHE BRAUCHEN EINE LOBBY

Zu den Kürzungsplänen der Stadtverwaltung gegenüber der Mobilen Jugendarbeit in Oelsnitz erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im sächsischen Landtag, Janina Pfau:

„Immer wenn die Kassen in Kommunen oder Landkreisen sehr knapp sind, dann kommt meist als erstes der Satz, dass die Kinder- und Jugendarbeit auf den Prüfstand gestellt werden muss.“

Es wird versucht, den gesellschaftlichen Wert von Kinder- und Jugendarbeit an genauen Zahlen zu messen, wie den Wasserstandspegel der Elster. Das funktioniert aber in diesem wichtigen Bereich einfach nicht.

Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde sich beschwert, dass der Ju-

gendclub beabsichtigte umzuziehen und nach dem Umzug kann festgestellt werden, dass dieses eine sehr gute Lösung war. Oelsnitz hat damit nicht nur einen Anlaufplatz für Jugendliche mit viel Platz für eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, sondern auch einen Treffpunkt für Jung und Alt.

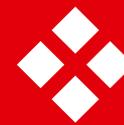
Kinder- und Jugendarbeit ist im ländlichen Raum um einiges schwieriger als in großen Städten. Schon allein, weil die fehlende Mobilität von Jugendlichen zum Problem wird, um Angebote wahrzunehmen. Deshalb zeugt es auch nicht von viel Fachkompetenz, wenn die Mobile Jugendarbeit gekürzt wird. Die jungen Menschen müssen da abgeholt werden, wo sie sich aufhalten. Beispielsweise wird ein Jugendlicher aus Triebel nur sehr schwer Angebote in Oelsnitz wahrnehmen kön-

nen. Es ist traurig, dass durch so eine unüberlegte Kürzungspolitik nun die Anlaufstellen in Bösenbrunn, Triebel und Eichigt gestrichen werden müssen. Die Konsequenzen werden wir in ein paar Jahren sehen.

Kinder- und Jugendarbeit braucht gut qualifiziertes und vertrauensvolles Personal und die Mitarbeiterinnen in der Jugendarbeit in Oelsnitz leisten eine vorbildliche Arbeit. Diese gleichzustellen mit der Jugendarbeit von Vereinen, das ist wie Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Sicherlich machen die Vereine eine gute Jugendarbeit in ihren Vereinen, aber diese kann in keinem Fall die Jugendarbeit der Volkssolidarität ersetzen.“



**Für eure Artikel!**



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe  
18. Oktober 2016

**Sendet uns eure Beiträge an:**

**[redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de)**

## KINDERRECHTE STÄRKEN, HILFSANGEBOTE AUSBAUEN!

Vernachlässigung von Kindern wachsendes Problem

Zur gestiegenen Zahl der von sächsischen Jugendämtern eingeleiteten Verfahren wegen Gefährdung des Kindeswohls erklärt Janina Pfau, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

„Die gestiegene Anzahl der betroffenen Kinder schockiert, der negative Trend dauert aber schon mehrere Jahre an. Das zeigt auch die ständig steigende Zahl an Hilfen zur Erziehung. Vernachlässigung, Misshandlungen und sexuelle Gewalt haben Auswirkungen auf die psychische und körperliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Die Betroffenen benötigen eine besondere Betreuung.“

Ziel muss es sein, dass es gar nicht erst zu Vernachlässigungen und Gewalt an Kindern kommt und dass bei Gefährdung frühzeitig gehandelt wird. Prävention ist hier ein wichtiger Ansatzpunkt, angefangen in den Kitas, Schulen, aber auch in der Kinder- und Jugendhilfe. Dazu muss aber auch die finanzielle Ausstattung vom Land vorhanden sein. Wir fordern zusätzlich eine existenzsichernde Kindergrundversicherung zur Minderung materieller Not von Kindern, aber auch die Aufnahme der Rechte von Kindern und Jugendlichen in das Grundgesetz sowie die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention.“

Kerstin Lauterbach, familienpolitische

Sprecherin der Linksfraktion, fügt hinzu:

„Niederschwellige Angebote für Familien sowie der weitere Ausbau von frühen Hilfen, um schon bei ersten kleinen Anzeichen reagieren zu können, sind wichtig. An der CDU/SPD-Koalition ist es nun, im Rahmen der Haushaltsplanung 2017/18 die Angebote der Familien- und Beratungszentren nicht weiter zu kürzen. Denn gerade auch im ländlichen Raum benötigen Familien diese Angebote. Die Koalition hat leider noch nicht erkannt, dass solche niederschweligen Angebote erst nach einigen Jahren wirken. Sparen ist hier einfach der falsche Ansatz.“

## FRAKTION FÜHLT SICH VERSCHAUKELT!

Wie im letzten Stadtbau- und Umweltausschuss der Stadt Plauen von Herrn Helbig dargestellt, hat nun die Stadtverwaltung doch Park & Ride Parkplätze an der Festhalle installiert. Das hat uns schon verwundert, wurde unser Antrag auf solche Parkplätze doch erst im Juni in der Stadtratssitzung abgelehnt. Mit der Begründung der Stadtverwaltung, dass die Stadt zu klein ist und es keine Kosten- und Zeitersparnisse für die Nutzer gäbe.

Die Mehrheit des Stadtrates folgte dieser Begründung. Und plötzlich geht es doch, dass die Verwaltung unserem Vorschlag folgt. Da fragt man sich

schon, ist Plauen innerhalb kurzer Zeit gewachsen? Oder kam der Antrag von der falschen Fraktion? Das gleiche Spiel bei der Bewerbung zum „Tag der Sachsen“. Hier meldet die Presse: „Der Oberbürgermeister hat eine Idee zum Stadtjubiläum 2022“. Diese Idee hatte unser Stadtrat Klaus Jäger schon im Februar 2015. Im Rahmen der Vorbereitung zur 900 Jahrfeier wurde dieser Vorschlag der Verwaltung unterbreitet, die das prüfen wollte. Auf Nachfrage im Kultur- und Sportausschuss im März dieses Jahres erhielten wir die Antwort vom Bürgermeister Herrn Zenner: Der Tag der Sachsen ist zu aufwendig und zu teuer, deshalb

wird man sich dafür nicht bewerben. Und nun die Idee des Oberbürgermeisters. Man könnte noch einige andere Beispiele aufzählen. Zum Beispiel der kostenlose Museumsbesuch für Asylbewerber, der auch von uns im Ausschuss vorgeschlagen und dann als Idee vom Bürgermeister Zenner in der Presse verkauft wurde. Es ist zwar schön, dass unsere Vorschläge und Ideen von der Verwaltung aufgegriffen werden. Aber dann sollte man auch so ehrlich sein, die Ideengeber zu benennen.

*Petra Rank*

## DGB SÜDWESTSACHSEN STARTET KAMPAGNE ZUR RENTE

Am Chemnitzer Gewerkschaftshaus an der Augustusburger Straße, stellte der DGB Regionsgeschäftsführer Ralf Hron gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten der LINKEN Susanne Schaper am Dienstag, den 13.09. ein Großflächenplakat zur Rentenkampagne des DGB vor. Eingebettet in die bundesweite Kampagne des DGB wird ein Kurswechsel der Rentenpolitik gefordert, die das Rentenniveau stabilisiert und so künftige Altersarmut verhindern soll. Der zwingende erste Schritt stellt dabei die Stabilisierung des stark sinkenden gesetzlichen Rentenniveaus. Von 53% im Jahr 2000 und aktuell ca. 48% soll das Rentenniveau bis 2030 auf 43 % abgesenkt werden. Dies hätte zur Folge, dass weite Teile der heute in Südwestsachsen beschäftigten Menschen in Zukunft eine Rente unterhalb der Grundsicherung erhalten würden. Denn die Rente ist an den Lohn gekoppelt.

Durch die niedrigeren Löhne in den ostdeutschen Regionen und durch weit verbreiteter langer Zeiten von Arbeitslosigkeit, würde fast die Hälfte der Be-

völkerung in der Zukunft von Altersarmut betroffen sein. Die Gewerkschaften werden in den kommenden Monaten verstärkt mit politischen Mandatsträgern des Bundes- und der Landtage, aber auch kommunalpolitischen Verantwortlichen in Kontakt treten, um einen Ausweg aus der problematischen Situation zu diskutieren. Ralf Hron, DGB Regionsgeschäftsführer: „Für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik haben wir konkrete Vorschläge vorgelegt. Sie reichen von der Finanzierung bis zur Ausgestaltung. Wir brauchen eine Verbreiterung der Beitragszahler, eine verbesserte Rücklagenbildung und wir müssen uns von versicherungsfremden Leistungen im Rentensystem verabschieden. Der Beitragssatz muss maßvoll auf 22% angehoben und langfristig stabilisiert werden. Unabdingbar allerdings ist, dass die Menschen gute und gut bezahlte Arbeit erhalten, denn sonst verliert die gesetzliche Rente ihre Legitimation.“

Der DGB Südwestsachsen thematisiert in diesem Zusammenhang den

gerade im ländlichen Raum weit verbreiteten Niedriglohn. Die Erkenntnis nach Einführung des Mindestlohns zeichnet ein erschreckendes Bild für die Region: Die Löhne reichen langfristig nicht aus, um ein würdiges Leben zu sichern. Somit erklärt MdL Susanne Schaper (DIE LINKE): „Zur Verdeutlichung ein einfaches Rechenbeispiel: Für eine Nettorente von 788 Euro bedarf es bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden und 45 Jahren Beitragszahlung einen Mindestlohn von 11,68 Euro. Damit ist klar, dass viele Menschen in Südwestsachsen keine gesetzliche Rente über der Grundsicherung erhalten und somit Altersarmut weiterhin weder gestoppt, noch bekämpft wird.“ Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden bis zur Bundestagswahl 2017 im Rahmen von Abgeordnetengesprächen, öffentlichen Veranstaltungen und in Betriebs- und Personalversammlungen die Alterssicherung zum Thema machen. Die Rente ist von vitalem Interesse für fast alle Menschen.

*DGB Südwestsachsen*

**immer einen Besuch wert:**

[www.dielinke-vogtland.de](http://www.dielinke-vogtland.de)

## "WOHNEN ALS SOZIALES PROBLEM"

Sozialpolitisches Gespräch unserer Landtagsfraktion in Dresden

Warum wählen uns nicht die, für die wir Politik machen? Warum laufen jetzt viele von ihnen zur AfD? Auf beinahe jeder Versammlung der LINKEN stellt irgendjemand diese Frage. Wer Kontakt zu sozial Benachteiligten hat, kennt eine ihrer Antworten: "Ihr habt zwar die richtigen Ziele, aber ihr könnt sie nicht durchsetzen. Warum sollen wir euch wählen?" Vor allem Lothar Bisky hatte immer wieder den Gebrauchswert unserer Partei eingefordert: echte Hilfe denen, die sie dringend brauchen.

Hartz IV-Betroffene gehören dazu. Die wenigsten von ihnen empfinden unseren ständigen Ruf "Hartz IV muss weg" als Hilfe, denn sie machen die Erfahrung: Hartz IV bleibt. Als wichtige Unterstützung erleben sie aber z.B. Sozialberatungen, in denen wir ihnen zeigen, dass Bescheide von Jobcentern zu ihren Ungunsten falsch sind, und wir ihnen helfen, ihr Recht durchzusetzen.

Einen Großteil des Arbeitslosengeldes macht die Mietzahlung aus. Das Jobcenter hat die Kosten der Unterkunft (KdU) und Heizung zu zahlen, "soweit diese angemessen sind". Die Höhe dieser Angemessenheit legt aber (im Gegensatz zur Höhe der Regelleistungen und der Mehrbedarfe) nicht der Gesetzgeber fest, sondern Kreisräte und Räte kreisfreier Städte haben sie zu bestimmen. Und zumindest in Ostdeutschland sind auch immer Mitglieder der LINKEN dabei. Sie beschließen also mit darüber, welche Wohnung sich ein Hartz IV-Empfänger leisten kann!

Für die Ermittlung dieser "angemessenen" Mietkosten existieren Rechtsvorschriften im Sozialgesetzbuch II und in Urteilen des Bundessozialgerichtes. Die zu kennen und Verstöße gegen sie in den Methodenberichten der KdU-Angemessenheitsermittlungen der beauftragten Firmen zu entdecken, erfordert ein beträchtliches Maß an Mühe und Arbeit. Sind rechtswidrige KdU-Angemessenheitswerte beschlossen, z.B. weil linke Kreisräte für die Ablehnung rechtswidriger Ermittlungen keine Mehrheit gewinnen konnten, gibt es nur noch die Möglichkeit, dass Betroffene Klage erheben.

Hier sind nun wieder die Berater von Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfängern gefordert.

Zur Unterstützung unserer Kreistags- und Stadtratsmitglieder kreisfreier Städte hatte eine Arbeitsgruppe der LAG Hartz IV bereits jahrelang Weiterbildungen veranstaltet, mit unterschiedlichem Erfolg. Erstmals haben nun in diesem Jahr die beiden für Soziales zuständigen Mitglieder der Landtagsfraktion, unsere Janina Pfau und Susanne Schaper aus Chemnitz, ein repräsentatives "Sozialpolitisches Gespräch" im Sächsischen Landtag organisiert, das über Anforderungen an

gen über eine Vielzahl von Entscheidungen sächsischer Gerichte, die Rechtsfehler bei KdU-Ermittlung verschiedener Kreise festgestellt und daraus abgeleitete KdU-Richtwerte bereits außer Kraft gesetzt hatten. Daran knüpfte ich mit meinem Vortrag über "Häufige Rechtsverstöße bei der KdU-Angemessenheitsermittlung" an, den ich bereits im Vogtlandkreis vor Sozialberatern, der Arbeitsloseninitiative und vor unserer Kreistagsfraktion gehalten hatte. Es schloss sich eine äußerst rege Diskussion an, in der auch konträre Standpunkte vorgetragen wurden und Wissenslücken geschlossen werden konnten.

**DIE LINKE.**

**hilft!**

die Ermittlung der angemessenen Miethöhen für Sozialhilfe- und Hartz IV-Betroffene informierte. Eingeladen hatte unsere Landtagsfraktion Vertreter von Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen, Wohlfahrtsverbänden, Kommunalpolitiker und MitarbeiterInnen in sozialen Beratungsstellen (Arbeitslosenberatung, Schuldner- und Insolvenzberatung).

Nach der Eröffnungsrede von Susanne und einem Einführungsvortrag von Janina über soziale Probleme des Wohnens bei Hartz IV informierte Rechtsanwalt Obermaier aus Leipzig über Anforderungen an das sogenannte schlüssige Konzept, also über rechtssichere Verfahren zur KdU-Angemessenheitsermittlung. Besonders interessant waren seine Ausführun-

Es war eine gut besuchte und ergebnisreiche, also eine gelungene Veranstaltung. Janina, Susanne und den beteiligten Fraktionsmitarbeitern gebührt ein herzlicher Dank! Ich hoffe, dass es zum Nutzen der Sozialhilfe- und Hartz IV-Betroffenen und deren Unterstützern jährlich Fortsetzungsveranstaltungen geben wird, Stoff und Probleme gibt es in großer Anzahl! Und das wären wieder Beiträge zu echter Hilfe für die, die sie nötig brauchen.

*Dr. Dorothea Wolff*

## OFFENER BRIEF

### An die sächsische Staatsregierung und die Fraktionen im Sächsischen Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorstand des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten in Sachsen e.V. wendet sich mit einem offenen Brief an Sie und all diejenigen, die im Freistaat Verantwortung tragen.

Wir verfolgen mit Sorge, dass besonders in Sachsen sich Ausländerfeindlichkeit und Rassenhass ausbreiten und teilweise offen zum Ausbruch kommen. Wir fragen uns, wie kommt es, dass faschistisches Gedankengut sich derart wieder bei Menschen herausbilden kann und wieder die Öffentlichkeit bestimmt? Sind die Ursachen, die zu faschistischer Gewalt gegenüber Andersdenkenden, rassischen Vorurteilen, Krieg und Vertreibung führten und auch unser Land sowie halb Europa in Tod, Zerstörung und Elend stürzten, schon vergessen oder hat man das nur verdrängt?

Wir sehen eine Ursache darin, dass in unserem Land die weitere Aufarbeitung der Geschichte der 12 Jahren Hitlerdiktatur vernachlässigt wurde. Schon nach der politischen Wende wurden viele Straßen, Schulen und Einrichtungen, die Namen von Antifaschisten trugen, umbenannt.

Auch der „Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen“, für den seit 1992 über 100 Themen vorgesehen waren, sah kein einziges Thema zur Zeit des Faschismus in Sachsen vor. Nach dem Bekanntwerden der Themen in den „Sächsischen Heimatblättern“, Heft 1/ 2006, wurde durch Dr. Hans Brenner eine bürgerschaftliche Initiative gebildet, um diese Zeit von 1933 bis 1945 in Sachsen mit wenigstens drei Karten, einschließlich Beiheften, zu ergänzen. Im Mittelpunkt stehen alle Opfergruppen, die unter der Hitlerdiktatur verfolgt, gelitten und viele der Mitglieder ermordet wurden. Anfänglich wurden zwischen 2008 bis Ende 2013 diese Arbeit durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten für organisations-technische Aufwendungen unterstützt. Danach zwei Jahre nicht

mehr. Erst seit wenigen Tagen werden, nach Forderungen unseres Verbandes, wieder Fördermittel in Aussicht gestellt.

Es ist schon beschämend, dass nur 15% der Mittel von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten für die Ehrung von Opfern nazistischer Gewaltherrschaft und die Aufarbeitung der Geschichte 1933 - 1945 in den letzten Jahren verwendet wurden.



Es ist unserer Meinung nach unerlässlich, dass die menschenfeindlichen, rassistischen, undemokratischen Ereignisse und Verbrechen der Hitlerdiktatur, beispielsweise die ca. 70 wilden und frühen KZ's im Freistaat Sachsen, Judenpogrome, politische und rassistische Morde, die inhumanen Bedingungen in den 60 Außenlagern der KZ's bei den sächsischen Rüstungsbetrieben, die brutale Vorgehensweise der SS, Polizei, Gestapo und des Volkssturms während des Verlaufs der 107 Todesmärsche und über 50 Todestransporte von und durch Sachsen, noch stärker für Personen aller Opfergruppen durch Gedenktafeln, Ehrenhaine, Namensgebungen, Stolpersteine u. a. zeitnah sichtbar gemacht werden. Der Toten, die von Nazis umgebracht worden, soll durch staatliche Institutionen, Bildungseinrichtungen und nachfolgende Einrich-

tungen oder Betriebe nicht nur zum 27. Januar gedacht werden, sondern auch ein individuelles Gedenken müsste zum festen Bestandteil des regionalen gesellschaftlichen Lebens werden.

Es ist anzustreben, dass durch Verordnungen der Städte und Gemeinden mit finanzieller Planung eine würdevolle Ehrung der Opfer (Antifaschisten, Juden, Zeugen Jehova, Christen, Homosexuelle, Sinti und Roma ...) erfolgt. Leitlinien für solche Ehrungen sowie eine Objektliste sollte die Stiftung Sächsische Gedenkstätten noch 2016 herausgeben. Die Erinnerungskultur zu diesem dunklen Abschnitt der deutschen Geschichte in Sachsen muss sich grundlegend ändern.

Das frühe KZ Sachsenburg (1933 - 1937) - über 7.000 Häftlinge durchliefen dieses Lager - war Vorläufer für die großen KZ in Deutschland und Ausbildungsstätte für den III. SS-Totenkopfverband „Sachsen“. Die SS-Männer kamen vorwiegend im KZ Buchenwald zum Einsatz. Deshalb muss in absehbarer Zeit Sachsenburg wieder eine Gedenkstätte werden. Die finanziellen Voraussetzungen und die gestalterische Umsetzung eines Gedenkstättenkonzeptes sollte nach dem Beispiel der Gedenkstätte Neuengamme durch die StSG unter Mitwirkung der Lager AG Sachsenburg e.V. und der Stadt Frankenberg erfolgen.

Unser Handeln wird bestimmt durch den Schur von Buchenwald:

"Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemarterten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig."

*Landesvorstand des VVN-BdA Sachsen e.V.*

## LESERPOST

Liebe Vogtländer, sehr erfreulich, dass DER VOGTLANDBOTE auf seiner ersten Seite zum KPD-Verbot Stellung genommen hat. Ich bin selbst davon betroffen. Bereits 1951 wurde ich vom britischen Militärgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil ich in Bochum ein Flugblatt verteilt habe, das die Rede von Max Reimann im Bundestag in Bonn enthielt, wo die KPD verlangte, dass die Bombardierung der Insel Helgoland aufgehoben werden muss, damit die Bewohner wieder in ihre Heimat zurück kommen können.

1956 erhielt ich wegen meiner Aktivitäten für die verbotene FDJ 9 Monate Gefängnis und 1961 in Düsseldorf vom Landgericht 19 Monate Haft, weil ich für drei DDR-Zeitungen aktiv war. Für die "Freiheit" in Halle, für die SED-Zeitung in Dresden und für das "Freie Wort" in Suhl. Kein Tag wurde mir geschenkt und erst Bundespräsident Heinemann hat die Urteile streichen lassen. Bin ein Oberfranke und freue mich immer über Eure Zeitung. Extra Gruß an alle - insbesondere aber an Peter Giersich, mit dem ich seit über 25 Jahren guten Kontakt habe.

*Erich Schreier*

## INTERESSANT?!

*„Die Geschichte wiederholt sich nicht, nur die Leichtfertigkeit, mit der sie gemacht wird.“*

*Wolfram Weidner*

## TERMINHINWEIS

Unsere **Kreiswahlversammlung** anlässlich der Bundestagswahl 2017 und unser nächster **Kreisparteitag** finden am **22. Oktober 2016** in Plauen im "Haus Vogtland" statt. Eine schriftliche Einladung geht jedem Mitglied noch zu.

## NEIES VON DAR META

Ne Freitooch sei de NeideitIn u iehr Falkstaaner Freindin, de Meta durch de Plauner Altstadt spaziern gange un hamm siech de Tante Clara auf'n Kopf scheine lessen. Ze guter Letzt sei se im Biergatn gelandet un hamm's siech bei gutn Kaffee un frisch gebacknen Pflaumekuung schmeckn lessen.

„Nu, woas gibbs'n Neies in Plaue, du guckst heit widder su grimmisch?“, froocht de Meta. „Mar kennt werklich zer Sau wern,“ socht de Neideiteln. „Woas siech unner Ordnungsamt in Plaue erlaubt. Mir sei froh, woas e paar engagierte Weible aus finf altn Häuslen, unterhalb dar Johanniskerch, geschaffen hamm. Dortn gibbs itze Kurse für de Kinner iber altes Kunsthandwerk un aa fier de Großn gibbs aa Veranstaltungen aller Art. Des is e touristischer Kleinod worn, denn de woannrsch net glei findst.“

Und dess wird itze kaputt gemacht, weil e paar miet siech selber net zufriedene Graupnbeich, die nix weiter woll wie iehr Ruh, im Rathaus beschwert hamm. Do hott es Ornungsamt glei de Keule rausgeholt und erlaubt des ganze Goahr ner noch vier Veranstaltungen fier den Weberhäuser - Unikatverein.

Dess is fier Plauen net bloß e Verlust sondern aa e große Schand!“

De Meta drauf „Des is halt su, auf unnern Derfern derf kaa Hund mehr belln un kaa Gickerhah mehr krähe. Für manche gibbs ehm ner noch Fresn, Sautn, schloofn un Verblödungsfernsehen.“

*Dieter Riedler*

*Erläuterung für Nichtvogtländer:  
Graupnbeich = Graupembauch (vogtländisches Schimpfwort für  
mürrischen und immer unzufriedenen Menschen)*

## WIR GRATULIEREN

Allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

U. Gebhardt	Reichenbach	18.10.
A. Reißaus	Plauen	24.10.
M. Ernst	Treuen	28.10.
S. Lindner	Klingenthal	28.10.
W. Schmidt	Rößnitz	29.10.
I. Wald	Ellefeld	30.10.
W. Steudel	Treuen	01.11.
S. Scheller	Heinsdorferg.	07.11.
G. Wolf	Plauen	14.11.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

## Der Vogtlandbote

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.09.2016, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.10.2016. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.